Die Missionsfrage vor dem Völkerbund.*

Von Prof. Dr. Schmidlin in Münster.

Wenn Völkerrecht und Völkerbund der sittlich-religiösen Grundlage und Sanktion nicht entbehren können, woran nach den Darlegungen hervorragender Politiker und Theologen nicht zu zweifeln ist¹, so darf das Christentum und sein Schicksal auch unserer Völkerbundsliga nicht gleichgültig sein. Schon weil die bedeutendsten Kulturnationen in der Mehrzahl ihrer Glieder dem christlichen Bekenntnis angehören, aber auch aus allgemein menschlichen, ethischen und religiösen, wie kulturellen und philanthropischen Interessen muß der Völkerbund es als eine seiner Aufgaben betrachten, die christlichen Belange zu schützen und zu fördern. Dazu gehört aber in erster Linie als Wesensbedingung der christlichen Religion die Möglichkeit ihrer Ausbreitung, die nicht nur für sie ein Lebensgesetz darstellt, von dem ihr Sein oder Nichtsein abhängt, sondern auch für die in Frage stehenden nichtchristlichen Völker schon wegen ihrer zivilisatorischen Auswirkungen eine unentbehrliche Wohltat bedeutet, vorausgesetzt natürlich, daß sie keinerlei Zwang einschließt, vielmehr ihre Benutzung ganz dem freien Belieben ihres Objektes anheimstellt.

Daher war das christliche Weltapostolat von jeher der Gegenstand völkerrechtlicher Sorgen, Abmachungen und Gesetzgebungen, zwar nicht als Subjekt, wohl aber als Objekt auch unter politischen Gesichtspunkten. Abgesehen vom Verhältnis der christlichen Staaten zu den Missionen, speziell den kolonialen, insbesondere vom Missionspatronat Spaniens und Portugals gegenüber ihren Entdeckungen und Eroberungen in der beginnenden Neuzeit, hat P. Grentrup in seinem kürzlich erschienenen Missionsrecht mit peinlicher Genauigkeit die Missionsmaterien in den Konventionen einerseits innerhalb der christlichen Staaten, andererseits zwischen diesen und den nichtchristlichen zusammengetragen. Wir sehen daraus, wie seit dem ausgehenden Mittelalter und noch stärker in der neuesten Zeit die völkerrechtlichen Verträge mit den mohammedanischen Staaten Nordafrikas, der Türkei und Irak, China, Japan, Annam, Siam, Ostindien und Indonesien, Afrika und Ozeanien der Missionen gedacht und für sie Schutz vorgesehen haben, besonders durch das sog. Protektorat, das Frankreich in der Levante und im Reich der Mitte, aber auch andere europäische Mächte wie Deutschland, England, Italien, ausgeübt haben und teilweise noch ausüben². Auf der anderen Seite ist seitens derselben christlichen Staaten in der Kongoakte des Berliner Kongresses von 1885 und im Brüsseler Pakt von 1890 den christlichen Missionen und Missionaren in Zentralafrika besondere Beschirmung und Förderung angesichts ihres Wertes für den Kulturfortschritt und gegen die Sklaverei, durch erstere auch volle Freiheit in der Errichtung und Ausübung der Missionen, wie in der Ergreifung von seiten der Eingeborenen, zugesprochen worden (ähnlich in den speziellen Vereinbarungen zwischen Einzelstaaten über

* Wesentlich nach meinem durch die Berliner Völkerbundsligapresse, dem Münsterischen Anzeiger und anderen Zeitungen übermittelten Artikel vom August, dazu in der Köln. Volksz. vom 10. April und von P. Grentrup in KM 1925, 73 ff. (Deutschlands Beitritt zum Völkerbund und die deutschen Missionare).

¹ Vgl. besonders die Broschüren von Mausbach und Erzberger darüber.

² Grentrup, Jus missionarium I (1925) 361 ss.

Afrika, Sundainseln, Karolinen usw., wie früher schon bezüglich Südamerikas)³. Diese Pakte von Kongo und Brüssel wurden durch die alliierten Regierungen in St. Germain 1919 dahin modifiziert, daß sie auf alle afrikanischen Kolonien Anwendung fanden, aber der garantierte Schutz auf die (wissenschaftlichen) Missionen allgemein bezogen, auf die Angehörigen der Alliierten bzw. der Völkerbundsstaaten eingeeignet und an die Klauseln der öffentlichen Ordnung gebunden wurde⁴.

Die Rechtslage der deutschen Missionen ist durch die Kriegsfolgen wesentlich modifiziert und verschlechtert worden. Nachdem unsere Feinde entgegen den internationalen Verpflichtungen die deutschen Missionen vielfach überfallen oder beschlagnahmt, die deutschen Missionare interniert oder deportiert hatten, beschäftigte sich auch der uns aufgezwungene Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 mit der Regelung dieser Missionsfragen. Im Art. 128 wird für die zentralafrikanischen Völker die Gewissens- und Religionsfreiheit ausdrücklich zugesichert, damit indirekt auch die der Glaubensverbreitung, in deren Interesse die Mächte dem Hl. Stuhl weitherzigste Handhabe trotz der Reserve hinsichtlich der öffentlichen Ordnung versprochen. Nach Art. 122 kann die Regierung in den ehemals deutschen Territorien die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen in bezug auf die Zurückschickung der Deutschen, wie die Bedingungen ihres Verbleibs, Besitzes, Wirkens, treffen. Art. 438 verleiht den alliierten und assoziierten Mächten das Recht, die Besitzungen der deutschen Missionsgesellschaften der Missionare den von ihnen ernannten Verwaltungsräten zu übergeben und eine uneingeschränkte Kontrolle über die Missionsleiter auszuüben, wobei Deutschland sich mit allen diesen Regelungen einverstanden erklären muß. Die Verhandlungen des päpstlichen Delegaten erreichten noch eine nachträgliche Korrektur in der Fassung des Paragraphen dahin, daß die Regierungen sich zur Aufrechterhaltung der Missionsinteressen und zur Zusammensetzung des Rates aus Personen des Glaubens der betreffenden Mission verpflichteten⁵.

Die Ausführungen und Stellungnahme der einzelnen Staaten und Nationen zu diesen Bestimmungen war eine sehr verschiedene. Deutschland legte nicht nur in seiner offiziellen Delegation, sondern auch in Versammlungen, kirchlichen und missionarischen Kreisen vergeblichen Protest dagegen ein, ebenso neutrale Organisationen oder Organe in Holland, Schweiz und Spanien, während die französischen, belgischen und britischen Kreise das Vorgehen eher billigten. England schloß 1919 alle Gesellschaften feindlicher Nationalität von seinen Territorien aus und knüpfte die Zulassung anderer nicht britischer an die Zustimmung einer Prüfungsinstanz, beseitigte aber 1924 im Prinzip das Einreiseverbot und die Ausnahmebehandlung deutscher Glaubensboten wieder, ohne überall faktisch davon abzugehen und überhaupt zu einheitlichem Verfahren zu gelangen, während Australien den Weiterverbleib bis 1928 gestattete und nun auch bezüglich der Zureise die Schranken aufheben zu wollen scheint; dagegen haben Belgien und Portugal, die Südafrikanische Union und die Vereinigten Staaten, China und Japan wenigstens seit dem Kriege im Unterschied zum rigorosen Vorgehen Frankreichs nichts mehr gegen die deutschen Missionsangehörigen in ihren Ländern unternommen bzw. sie dort belassen. Auch der Völkerbund hat in seinen Statuten von 1920 und 1922 insofern zum Missions-

³ Ebd. I 422 ss.

⁴ Ebd. I 424 s.

⁵ Ebd. I 428 ss. 471 s.

problem Stellung genommen, als er die Bewegungs- und Eigentumsfreiheit mit Errichtung von Kirchen und Schulen in den ehemals deutschen Mandatsgebieten unter der zur Aufrechterhaltung öffentlicher Sicherheit notwendigen staatlichen Oberaufsicht auf die Missionare der Völkerbundsstaaten beschränkte⁶.

Unsere Aufgabe wird es demgegenüber sein, zunächst die deutschen Glaubensboten an den Vorteilen der Kongoakte und Statuten teilnehmen zu lassen, indem ihnen durch den Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde und zu den Missionsabmachungen der Weg dazu frei wird, abgesehen von jenen Schutzgebieten, die uns zurückerstattet werden und damit ohnehin unseren vertriebenen Missionaren wieder zufallen könnten. Weiter müssen wir für die Aufhebung der bisherigen Schranken und für Erweiterung der Amnestierungen für das deutsche Missionswerk im Rahmen des hierin begonnenen Abbaues und darüber hinaus sowohl innerhalb unserer früheren Kolonialgebiete als auch in den sonstigen, besonders britischen, wie Indien und Afrika, einzutreten. Zwar bedarf es dafür auch einer Auseinandersetzung und Genehmigung der kirchlichen Behörden, speziell des Römischen Stuhles für den katholischen Missionsanteil, aber wir dürfen sicher auf prinzipielle Zustimmung und Mitwirkung von dieser Seite rechnen, wenn wir die politischen und völkerrechtlichen Hindernisse für unsere freiere Missionsbetätigung hinwegräumen⁷.

Im Einklang und in Verbindung mit diesen kirchlichen und kurialen Instanzen bzw. Diplomaten sollen wir aber auch allgemein unseren internationalen und völkerbundlichen Einfluß zugunsten der christlichen Mission und ihrer vollen Freiheit geltend machen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Boten Christi und des Evangeliums, bloß weil sie ihrer Abstammung nach zu einer Nation gehören, mit der die Inhaberin des territorialen Machtbereichs zufällig im Kriege steht, von ihren Arbeitsfeldern und Gemeinden schonungslos verjagt werden, zum Schaden der Eingeborenen wie der ganzen christlichen Kultur und Religion. Wie dieses Ziel erreicht wird und welche Mittel am sichersten dazu führen, ob z. B. Internationalisierung oder Neutralisierung der Missionskräfte und -anstalten, wie manche Stimmen während des Krieges vorgeschlagen haben, wird Sache näherer Überlegungen und Beratungen sein. Jedenfalls muß für hinreichende Sicherung und Schutz gegen die Wiederkehr solcher, die christlichen Missionsgrundsätze verletzenden Willkürakte gesorgt, aber auch positiv die Missionsarbeit im Interesse des Christentums wie der Zivilisation möglichst gefördert werden, was angesichts der chinesischen Wirren von besonderer Aktualität erscheint. Dadurch wird sich Deutschland wie die Liga der Nationen als eine der Hauptsache nach auf christlichem Boden stehende und von humanitären Rücksichten geleitete Gemeinschaft erweisen.

Die Oblaten und der einheimische Klerus in Ceylon.

Von P. Joh. Rommerskirchen O. M. I., Hünfeld.

Da die Frage des einheimischen Klerus besonders auch im fernen Osten in letzter Zeit sehr viel diskutiert wird, dürfte es zur allgemeinen Orientierung von Interesse sein, kurz einen Blick auf Ceylon zu werfen,

⁶ Vgl. Grentrup, KM 1925, 74 f. Dazu die Beiträge der ZM (bes. von Größer 1920, 11 ff., von P. Gonsalvus und mir 1919) sowie P. Väh im Kirchl. Handbuch 1915, 70 f. u. 1926, 78 f.

⁷ Vgl. auch Grentrup a. a. O.